

Braunschweig, den 8. Juni 2022

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 221

Sitzung: Mittwoch, 15.06.2022, 19:00 Uhr

Raum, Ort: Kulturpunkt West, Ludwig-Winter-Straße 4, 38120 Braunschweig

Im Anschluss an die Sitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt. Es wird empfohlen, während der Sitzung eine FFP2-Maske oder eine medizinische Maske zu tragen sowie vor der Sitzung einen Corona-Schnelltest durchzuführen.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung von Protokollen
 - 2.1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.05.2022
 - 2.2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2022
3. Mitteilungen
 - 3.1. Bezirksbürgermeister/in
 - 3.2. Verwaltung
4. Anträge
 - 4.1. Querungsstellen Rheinring - Wiedweg und Grundschule Rheinring
Antrag SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Birgit Wieczorek (Die Linke.) und Jan Oldenburger (FDP) 22-18895
 - 4.2. Aufstellung einer zeitgemäßen Fahrradabstellanlage auf dem Esteweg
Antrag SPD-Fraktion 22-18896
 - 4.3. Angespannte Parksituation zwischen Illerstraße und Naabstraße
durch nicht markierte Parkplätze
Antrag CDU-Fraktion 22-18960
 - 4.4. Bereitstellung von Mitteln zur Instandsetzung von Fahrradwegen
Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 22-18993
 - 4.5. Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessdisplays
Antrag SPD-Fraktion 22-18897
5. Verwendung von Mitteln aus dem Stadtbezirksratsbudget
-Entscheidung-
6. Anfragen
 - 6.1. Blühwiese am Muldeweg
Anfrage SPD-Fraktion 22-18969
 - 6.2. Abriss Gebäude ehemaliges Westpoint
Anfrage CDU-Fraktion 22-18964
 - 6.3. Umsetzung einer Anregung im Beteiligungsportal "Mitreden" zum Verkehrsfluss auf der Münchenstraße, Elbestraße
Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 22-18972
 - 6.4. Querung Haseweg/Emsstraße
Anfrage Jan Oldenburger (FDP) 22-18958

6.5.	Lademöglichkeiten von Elektrofahrzeugen bzw. Plug-in-Hybrid Fahrzeugen Anfrage SPD-Fraktion	22-18898
6.6.	Löwenlabyrinth im Westpark Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	22-18973
6.7.	"Alternative Lerngruppen" auch in der Weststadt? Anfrage SPD-Fraktion	22-18899
6.8.	Unkrautvernichtungsmittel im "Hochspannungspark" Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	22-18975
6.9.	Lichtenberger Straße Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung vom 09.03.2022	22-18010
6.10.	Tempo 30 in der Weststadt Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung vom 09.03.2022	22-18012
6.11.	Radverkehr auf der Lichtenberger Straße Anfrage SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 09.03.2022	22-18088
6.11.1.	Radverkehr auf der Lichtenberger Straße	22-18088-01
6.12.	Hybrid-Sitzungen im Kulturpunkt West Anfrage SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 04.05.2022	22-18581
6.13.	Verkehrssituation auf dem Mainweg/Ahrplatz Anfrage SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 04.05.2022	22-18583

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Hitzmann

Absender:

**SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion
B90/Die Grünen, Birgit Wieczorek (Die
Linke.) und Jan Oldenburger (FDP) im
Stadtbezirksrat 221**

22-18895

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Querungsstellen Rheinring - Wiedweg und Grundschule Rheinring

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

30.05.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

Status

15.06.2022

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat regt an, am Überweg Wiedweg/Tauberweg den Fahrbahnbelag des Rheinrings gegen ein farbiges Betonpflaster auszutauschen. Wenn möglich soll die Querungsstelle mit taktilen Elementen nachgerüstet werden. Durch die Änderungen sollen die Verkehrsteilnehmer auf die besondere Situation hingewiesen werden und sich die Sicherheit dadurch erhöhen. An der vorhandenen Fahrbahneinengung Höhe Grundschule soll durch ergänzende Markierung auf die vorhandene Querungsstelle hingewiesen werden. Die Kosten für die Maßnahme i.H.v. ca. 15.000 € werden aus dem Stadtbezirksratsbudget übernommen.

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat hat sich im Rahmen eines Ortstermines einen Eindruck über die Querungsstelle Wiedweg und der Fahrbahneinengung Höhe Grundschule, beides Rheinring verschafft. Es stellt sich für den Stadtbezirksrat ein Gefühl der Unsicherheit für die querenden Fußgänger dar, so dass weitere bremsende Maßnahmen für den Verkehr auf dem Rheinring für zwingend erforderlich gehalten werden.

gez.

Hans Peter Rathjen
(SPD-Fraktion)

gez.

Marius Krala
(CDU-Fraktion)

gez.

Kai Brunzel
(Bündnis 90/Die Grünen)

gez.

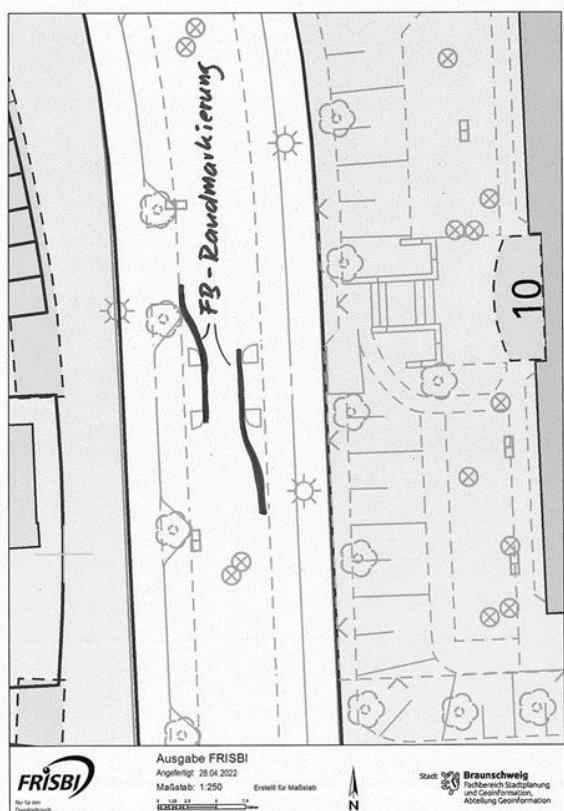
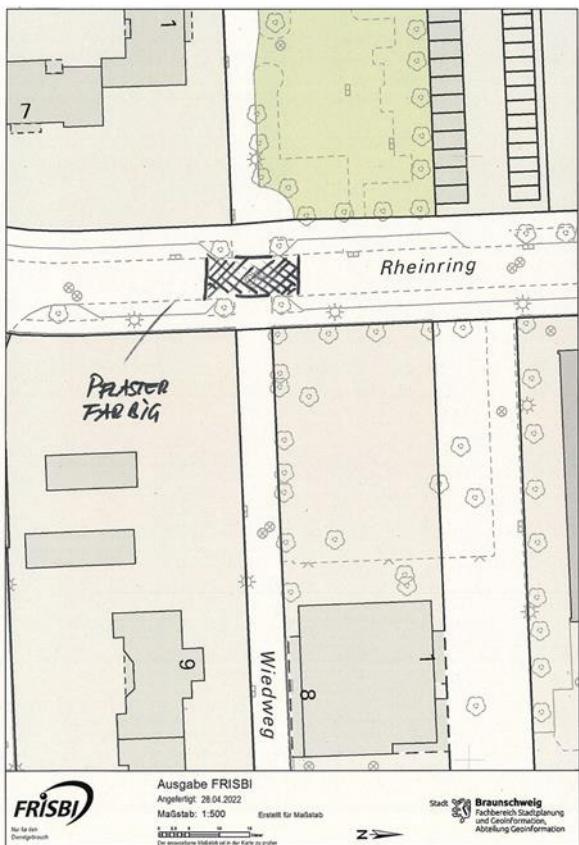
Birgit Wieczorek
(Die Linke.)

gez.

Jan Oldenburger
(FDP)

Anlage/n:

Planskizzen



*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18896**
Antrag (öffentlich)*Betreff:***Aufstellung einer zeitgemäßen Fahrradabstellanlage auf dem Esteweg***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

30.05.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

15.06.2022

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat Weststadt beschließt, dass auf dem Esteweg neben dem Nettoparkplatz eine zeitgemäße Fahrradabstellanlage aufgestellt werden soll, um den Besuchern/Nutzern der Stadtbahnhaltestelle Alsterplatz eine versicherungsrechtlich saubere Möglichkeit zu eröffnen, ihre Fahrräder abzustellen und anzuschließen.

Sachverhalt:

Ggf. mündlich.

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine

Absender:**CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18960**
Antrag (öffentlich)**Betreff:****Angespannte Parksituation zwischen Illerstraße und Naabstraße
durch nicht markierte Parkplätze****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

15.06.2022

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, die Parksituation zwischen Illerstraße und Naabstraße zu überprüfen und gegebenenfalls fehlende Markierungen der Parkplätze vorzunehmen.

Sachverhalt:

Die schon seit langem angespannte Parksituation zwischen den besagten Straßen wird von nicht ordnungsgemäß geparkten Fahrzeugen noch verschlimmert, da weiße Markierungen der Parkplätze fehlen. Diese Situation ist mittlerweile für Bürgerinnen und Bürger nicht mehr tragbar. Wir fordern die Verwaltung daher dazu auf, die Situation zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern.

gez.

Marius Krala
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

Bilder





Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 221**

22-18993

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Bereitstellung von Mitteln zur Instandsetzung von Fahrradwegen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

Status

15.06.2022

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Stadtbezirksrat 221 bittet die Verwaltung, bei der Aufstellung des Doppelhaushalts für die folgenden Jahre ausreichend Mittel einzustellen, um unter den vorhandenen Fahrradwegen in der Weststadt zunächst die Wege, die im Schulradwegplan enthalten sind, beginnend mit der Querung durch den Westpark zwischen Swinemstraße und Pippelweg und der Verbindung Am Lehmanger - Arndtstraße - Am Klosterkamp - Alte Frankfurter Straße in einen dem derzeitigen Standard entsprechenden Zustand zu bringen.

Die Radwege sollen vor allem in Bezug auf die Sicherheit (Beleuchtung) und Oberflächenbeschaffenheit in einen Zustand versetzt werden, dass sie von Menschen aller Generationen sicher und gerne genutzt werden und so eine attraktive Alternative zum Motorisierten Individualverkehr bieten.

Sachverhalt:

Braunschweig hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel in den kommenden acht Jahren zu erreichen, müssen schnellstmöglich Maßnahmen getroffen werden, die zur CO2-Reduktion beitragen. Eine Möglichkeit ist die Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs, wie es der Rat der Stadt im Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" bereits am 14.07.2020 (20-13342-02) beschlossen hat. Dort wird unter Maßnahme Z3 aufgeführt, dass kritische Beleuchtungslücken im Radwegenetz zu identifizieren und mittelfristig zu beseitigen sind. Insgesamt soll der Radverkehr in Braunschweig komfortabler und sicherer gemacht werden. Das führt in der Konsequenz zur Vermeidung von Fahrten mit dem PKW. Bereits in den vergangenen Monaten hat sich die Zahl der radfahrenden Verkehrsteilnehmer*innen augenscheinlich deutlich erhöht. Gerade in einem Stadtteil wie der Weststadt, einem überwiegenden Wohngebiet, wird das Fahrrad für kürzere Wege, auf Schulwegen und in die Innenstadt häufig genutzt. Leider befinden sich die vorhandenen Radwege jedoch nicht in einem Zustand, der die Nutzung der Wege für Radfahrer*innen aller Generationen sicher und bequem macht.

gez.

Kai Brunzel
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Absender:**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18897****Antrag (öffentlich)****Betreff:****Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessdisplays****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

30.05.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

Status

15.06.2022

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat Weststadt beschließt die Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessdisplays, dafür soll mit der Verwaltung ein geeigneter Standort in der Illerstraße festgelegt werden. Die hierfür erforderlichen Kosten i.H.v. 3.000 € werden aus dem Stadtbezirksratsbudget zur Verfügung gestellt.

Sachverhalt:

Die Illerstraße ist als Zone 30 ausgewiesen, insbesonders zu den Stoßzeiten (Berufsverkehr) aber auch sonntags, wenn auf dem Sportplatz gespielt wird, herrscht hier ein Durchgangsverkehr mit sehr überhöhten Geschwindigkeiten. Die Stadt Braunschweig hat vor einigen Wochen für kurze Zeit in der Illerstraße ein Geschwindigkeitsmessdisplay montiert und das war effektiv. Deshalb möchten wir zur dauerhaften Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeit in der Illerstraße solch ein Display anschaffen und dort montieren lassen, der genaue Standort muss dann noch mit der Verwaltung abgesprochen werden.

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18969**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Blühwiese am Muldeweg***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

15.06.2022

Ö

Sachverhalt:

Der Bezirksrat hat nach einem Ortstermin mit der Verwaltung im November 2021 beschlossen eine Blühwiese auf der Wiese am Muldeweg anlegen zu lassen. Dies wurde zu unserem Erstaunen von der Verwaltung mit der Begründung abgelehnt, dass die Fläche für ein Jugendzentrum oder Altenzentrum durch einen Bebauungsplan aus dem Jahr 1973 reserviert ist.

In diesem Zusammenhang stellt der Stadtbezirksrat folgende Fragen:

1. Warum war dort entgegen dem Baubauungsplan der Sportplatz für die Grundschule Ilmenaustraße möglich, die Blühwiese jetzt aber nicht?
2. Gibt es denn dort aktuelle Planungen zum Bau eines Jugend- oder Altenzentrums?
3. Könnte denn diese Wiese in eine Blühwiese umgestaltet werden bis evtl. Baumaßnahmen für ein Jugend- oder Altenzentrum beginnen?

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine

Absender:**CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18964****Anfrage (öffentlich)****Betreff:****Abriss Gebäude ehemaliges Westpoint****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

15.06.2022

Ö

Sachverhalt:

Anwohner*innen der Weststadt klagen seit ca. 2018, dass das Gebäude ehemaliges Restaurant Westpoint Illerstraße 52 A nahezu leer steht und sich in einem katastrophalen Zustand befindet, was die Attraktivität der Weststadt in dem Bereich sehr einschränkt. Darüber hinaus fürchten Anwohner*innen eine Zunahme des Rattenproblems in dem Bereich.

Wie kann die Verwaltung unterstützen, um dieses Problem zu beseitigen?

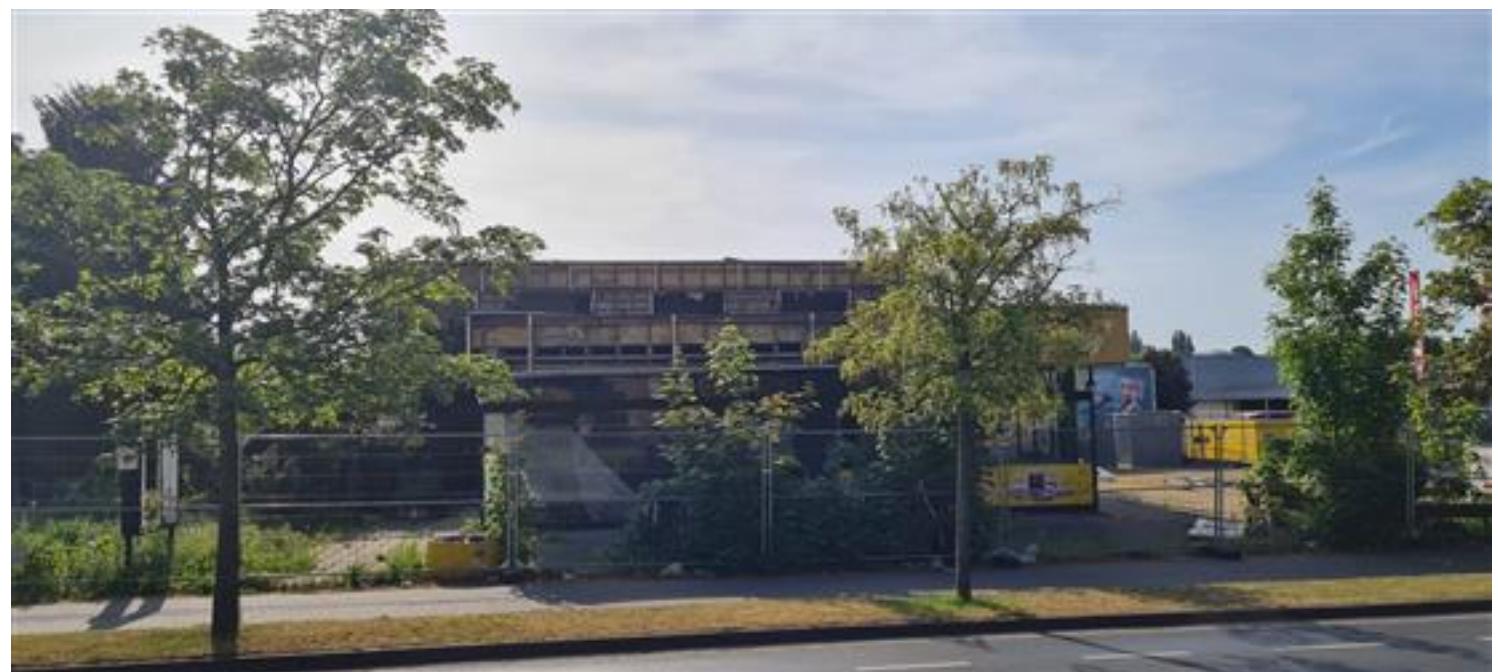
Welche Möglichkeiten hat die Verwaltung, um dem Eigentümer zu verpflichten, unverzüglich den Zustand zu verbessern?

gez.

Marius Krala
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

Bilder





Betreff:**Abriss Gebäude ehemaliges Westpoint**

Organisationseinheit:

Dezernat III

60 Fachbereich Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Datum:

14.06.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

15.06.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage 22-18964 vom 02.06.2022 der CDU-Fraktion wird wie folgt Stellung genommen:

Für das Grundstück wurde im April 2021 eine Baugenehmigung zum Neubau eines Mehrfamilienhauses mit acht Wohneinheiten erteilt. Ob und wann die Umsetzung der Baugenehmigung erfolgen soll, ist nicht bekannt. Grundsätzlich ist mit dem Bau innerhalb von drei Jahren ab Erteilung der Baugenehmigung zu beginnen. Insofern ist derzeit davon auszugehen, dass sich die geschilderte Problematik erledigen wird.

Unabhängig davon hat die Verwaltung keine Möglichkeit, den Eigentümer zur unverzüglichen Beseitigung der baulichen Missstände zu verpflichten, da eine Gefährdung von dem Bauwerk selbst augenscheinlich nicht ausgeht. Das Grundstück ist ordnungsgemäß mit einem Bauzaun abgesichert.

Soweit bauliche Anlagen nicht genutzt werden und verfallen, besteht nach § 79 Absatz 3 Niedersächsische Bauordnung (NBauO) die Möglichkeit für die Bauaufsichtsbehörde, die verantwortlichen Personen zu verpflichten, die baulichen Anlagen abzubrechen oder zu beseitigen, es sei denn, dass ein öffentliches oder schutzwürdiges privates Interesse an ihrer Erhaltung besteht. Dieses Verfahren würde aber voraussichtlich nicht zu einem schnellen Ergebnis führen, da der Verwaltungsrechtsweg gegen eine solche Anordnung gegeben ist und die zusätzliche Anordnung der sofortigen Vollziehung einer Rückbauverfügung in der Regel nicht in Betracht kommen wird."

Kühl

Anlage/n: ./.

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 221**

22-18972

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Umsetzung einer Anregung im Beteiligungsportal "Mitreden" zum
Verkehrsfluss auf der Münchenstraße, Elbestraße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

15.06.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

In der "Mitteilung außerhalb von Sitzungen" Nr. 22-18376 wurde mitgeteilt, dass auf Anregung von Bewohner*innen der Weststadt die Ampelschaltung am Donauknoten für die Verbindung "Elbestraße - Münchenstraße" optimiert wurde. Die Änderung der Ampelschaltung an dieser zentralen Stelle hat auch Auswirkungen auf den Verkehrsfluss in andere Richtungen.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Die bevorzugte Strecke für den Autoverkehr zur Durchfahrt der Weststadt ist die Verbindung Münchenstraße-Donaustraße. Die Strecke durch die Elbestraße zur möglichen Durchfahrt durch die Lichtenberger Straße und eine eventuelle Weiterfahrt nach Timmerlah sollte möglichst unattraktiv sein, um den Verkehr durch die Donaustraße zu lenken. Ist weiterhin sichergestellt, dass die Ampelschaltung am Donauknoten von und in Richtung Donaustraße priorisiert wird?
2. Um die Klimaziele der Stadt zu erreichen ist es wichtig, dass der nichtmotorisierte Individualverkehr im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr (MIV) attraktiver wird. Welche Auswirkungen hat die Veränderung der Ampelschaltung auf den Verkehrsfluss anderer Verkehrsteilnehmer (insbesondere Bus, Tram und Radfahrer*innen) sowie die Wartezeiten von Fußgänger*innen?
3. Wichtiger als die oben genannte Optimierung der Ampelphasen für den MIV wäre eine Optimierung für die Fußgänger*innen. Insbesondere auf den Schulwegen warten Schüler*innen auf der kleinen Wartefläche in großen Gruppen häufig sehr lange an den Ampeln. Durch welche Maßnahmen will die Stadtverwaltung die durchschnittliche Wartezeit zwischen der Anforderung eines Grünsignals und der Grünphase an den Ampeln, zum Beispiel "Elbestraße/Alsterplatz" und "Lichtenberger Straße" verkürzen.

gez.

Kai Brunzel
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

*Absender:***Jan Oldenburger (FDP) im
Stadtbezirksrat 221****22-18958**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Querung Haseweg/Emsstraße***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

15.06.2022

Ö

Sachverhalt:

Die derzeitige Querung ist für den Radverkehr stadteinwärts und die häufig (z.B. zum Einkaufen/Kita/Schule) genutzte Verbindung zwischen den Quartieren ungünstig zu befahren. Da die Querung außerhalb des Wegeverlaufes angeordnet ist, fahren insbesondere Radfahrer gehäuft bei „Rot“ bzw. ignorieren die Querungsmöglichkeit.

Wünschenswert wäre durch eine Änderung der Querung (Verschieben der Haltelinie?) einerseits die Quartiere besser zu verbinden und andererseits auch die Strecke für den Radverkehr sicherer und attraktiver zu gestalten.

Die Verwaltung wird gebeten Möglichkeiten zu benennen, die Querung des Haseweges über die Emsstraße im Sinne einer besseren Befahrbarkeit und Verbindung zwischen den Quartieren Alsterplatz/Emsviertel umzugestalten.

gez.
Jan Oldenburger

Anlage/n:

Fotografie Querung und Aufsicht/google maps



*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18898**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Lademöglichkeiten von Elektrofahrzeugen bzw. Plug-in-Hybrid Fahrzeugen
*Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

30.05.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

15.06.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Laut örtlicher Presse sind in der Weststadt zwei (!) öffentliche Ladesäulen, die nach den Tankstellen – Prinzip arbeiten, für die oben genannten KFZ geplant. Dieses erscheint für einen so großen Stadtteil wie der Weststadt unzureichend. Zur Deckung des in den nächsten Jahren zu erwartenden Bedarfs wollte die Stadtverwaltung ein Verfahren anwenden, um ein Standortkonzept zu entwickeln.

Viele Garagenanlagen der Wohnungswirtschaft würden sich aber auch für die Anschaffung sogenannter Wallboxen (Wandladestationen) eignen.

In diesem Zusammenhang stellt der Stadtbezirksrat folgende Fragen:

- Welche planerischen und finanziellen Überlegungen hat die Stadt Braunschweig, um die Ladeinfrastruktur auch in der Weststadt auszubauen?
- Sind Aktivitäten/Gespräche der Stadt Braunschweig mit der Wohnungswirtschaft geplant, um in den vielen Garagenanlagen sogenannte Wallboxen zu errichten bzw. auf die bestehende Förderung hinzuweisen?
- Ist das angekündigte Standortkonzept zur Ermittlung der Bedarfe in den Stadtteilen bereits beauftragt?

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine

*Absender:***Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 221****22-18973**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Löwenlabyrinth im Westpark***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

15.06.2022

Ö

Sachverhalt:

Das Löwenlabyrinth im Westpark ist derzeit vom Madamenweg erschlossen. Von der Südseite ist bislang kein Weg vorhanden.

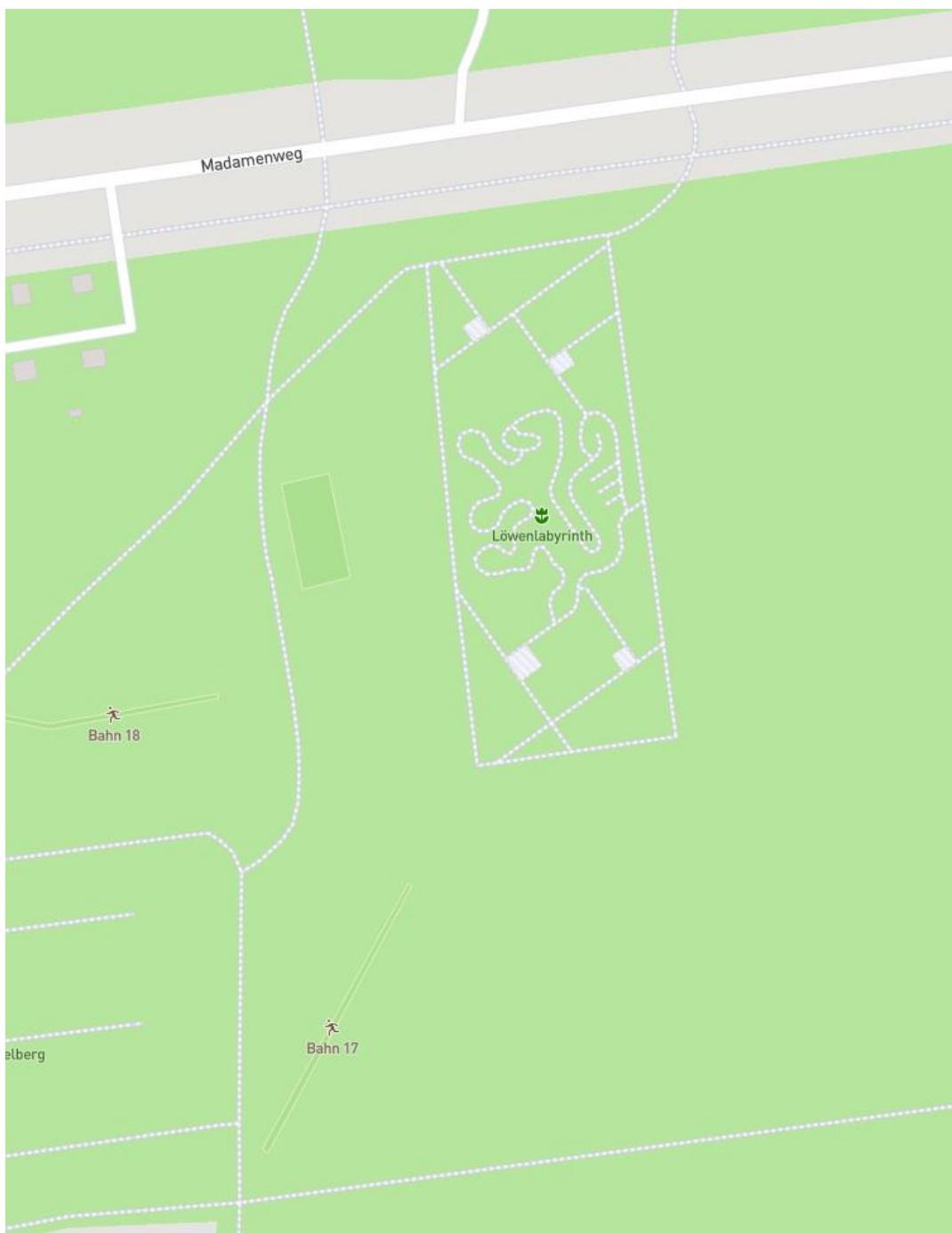
Daraus ergeben sich für mich folgenden Fragen:

1. Ist eine Erschließung des Löwenlabyrinths vom Fußweg im Westpark, der südlich am Labyrinth vorbeiführt, geplant?
2. In der Vergangenheit wurden marode Sitzbänke im Westpark abgebaut, jedoch nicht immer ersetzt. Werden im Umfeld des Löwenlabyrinths und auf den Wegen im Westpark weitere Bänke aufgestellt?

gez.
Kai Brunzel
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

Bild Löwenlabyrinth



*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18899**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***"Alternative Lerngruppen" auch in der Weststadt?***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

30.05.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

15.06.2022

Ö

Sachverhalt:

Eltern aus der Querdenker- und Reichsbürger-Szene haben die Aussetzung der Präsenzpflicht in den Schulen in der Lockdown-Phase genutzt, um ihre Kinder in so genannten "alternativen Lerngruppen" selbst zu unterrichten und so vor "staatlicher Indoktrination" zu schützen. Fälle davon sind bereits aus Bayern, Hessen und Sachsen und mehreren anderen Bundesländern bekannt. Die Versuche, Kinder systematisch zu beeinflussen, laufen bundesweit. Laut Medienberichten ist die Zahl solcher illegalen Schulen ansteigend. Viele Eltern aus der o.a. Szene lehnen nicht nur einzelne politische Entscheidungen, sondern das ganze politische System der Bundesrepublik ab.

In diesem Zusammenhang stellt der Stadtbezirksrat folgende Fragen:

- Ist der Stadtverwaltung die Existenz von „Alternativen Lerngruppen“ bekannt?
- Hat es in der Vergangenheit solche „Alternativen Lerngruppen“ in Braunschweig gegeben?
- Hat die Stadtverwaltung Informationen über Weststädter Schüler*innen, die solche „Alternativen Lerngruppen“ besuchen?

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

22-18899-01**Stellungnahme
öffentlich****Betreff:****"Alternative Lerngruppen" auch in der Weststadt?****Organisationseinheit:**

Dezernat V

40 Fachbereich Schule

Datum:

15.06.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Sitzungstermin

15.06.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221 Weststadt vom 30.05.2022 (22-18899) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Der Verwaltung ist keine Existenz von sogen. „Alternativen Lerngruppen“ in Braunschweig bekannt.

Zu Frage 2:

Auch hierzu liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Zu Frage 3:

Nach Rücksprache mit den Schulleitungen der drei städtischen Grundschulen Altmühlstraße, Ilmenaustraße und Rheinring sowie der IGS Wilhelm-Bracke-Gesamtschule gibt es keine Hinweise darauf, dass Schülerinnen und Schüler aus der Weststadt derartige Gruppen besuchen oder besucht haben.

Dr. Dittmann

Anlage/n: keine

*Absender:***Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 221****22-18975**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Unkrautvernichtungsmittel im "Hochspannungspark"***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

02.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

15.06.2022

Ö

Sachverhalt:

Auf den Wegen im sogenannten Hochspannungspark wurden vermutlich Pflanzengifte zur Bekämpfung von Graswuchs auf den Schotterwegen eingesetzt (siehe anliegende Fotos).

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Wurden Mittel gegen den Graswuchs auf den Schotterwegen eingesetzt?
2. Sofern Mittel eingesetzt wurden: Welcher Wirkstoff wurde eingesetzt? Ist Glyphosat in den Mitteln enthalten?
3. Welche Auswirkungen kann das ggf. eingesetzte Mittel auf (Klein-)Kinder, Haustiere (z.B. Hunde) und Insekten haben?

gez.

Kai Brunzel

Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

Fotos Pflanzengift

„Hochspannungspark“ nahe der Lichtenberger Straße



Absender:

**Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 221**

22-18010

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Lichtenberger Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

09.03.2022

Ö

Sachverhalt:

Bereits in der Vergangenheit haben der Stadtbezirksrat Weststadt und die Verwaltung Regeln zur Entschleunigung der Lichtenberger Straße und einer damit verbundenen Erhöhung der Sicherheit angeregt und umgesetzt. Im Gegensatz zu anderen Straßen ist die Wohnbebauung an der Lichtenberger Straße sehr dicht an der Fahrbahn. Es gibt keinen ordentlichen Radweg, sondern lediglich einen Fahrradschutzstreifen. Leider ist der gewünschte Erfolg der Maßnahmen ausgeblieben. Noch immer ist der motorisierte Verkehr viel zu schnell unterwegs und häufig wird an der Einmündung der Traunstraße auf die Lichtenberger Straße das Stopp-Schild und das Verkehrszeichen „Vorgeschrriebene Fahrtrichtung – rechts“ ignoriert. Es wird, damit es nicht so sehr auffällt, ohne zu blinken nach links auf die Lichtenberger Straße abgebogen. Viele Fahrzeuge haben nicht die Weststadt als Ziel. Sie nutzen diese „Abkürzung“, um möglichst schnell nach Timmerlah oder in andere Orte zu kommen.

1. Welche Maßnahmen können nach Ansicht der Verwaltung auf der Lichtenberger Straße, ggf. unter Einbeziehung der Traunstraße umgesetzt werden, um die Lichtenberger Straße zu „entschleunigen“ und damit für Fußgänger:innen und Fahrradfahrer:innen sicher zu machen?
2. Wie kann die Einhaltung der Verkehrsregeln an der Einmündung der Traunstraße in die Lichtenberger Straße nachhaltig durchgesetzt werden?

gez.

Kai Brunzel
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Absender:

**Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 221**

22-18012

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Tempo 30 in der Weststadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

09.03.2022

Ö

Sachverhalt:

In der Weststadt gibt es mehrere Straßenabschnitte, in denen Tempo 30 gilt. Für die Verkehrsteilnehmenden ist nicht immer ersichtlich, welche Höchstgeschwindigkeit wo gilt. Das führ tauch bei Radfahrer:innen und Fußgänger:innen zur Verunsicherung, da sie nicht wissen, mit welcher Geschwindigkeit sie beim motorisierten Verkehr rechnen müssen. Die Anordnung von Tempo 30-Zonen auf weiteren Straßen wäre aus ganz unterschiedlichen Gründen (Verkehrsfluss, Verkehrssicherheit, Klimaschutz,) in einem Wohngebiet wie der Weststadt sinnvoll.

1. Auf welchen Straßen, die bislang noch nicht als Tempo 30-Zone ausgewiesen sind, ist die Einrichtung von Tempo 30-Zonen rechtlich möglich?
2. Wo wäre nach Ansicht der Verwaltung darüber hinaus die Anordnung einer streckenbezogenen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h aufgrund der besonderen örtlichen Gegebenheiten möglich und sinnvoll?
3. Plant die Verwaltung selbst, zeitnah Vorschläge für die Einrichtung weiterer Geschwindigkeitsreduzierungen in der Weststadt zu unterbreiten?

gez.

Kai Brunzel
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221

TOP 6.11

22-18088

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Radverkehr auf der Lichtenberger Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

09.03.2022

Ö

Sachverhalt:

Die Situation für den Radverkehr auf der Lichtenberger Straße mit dem Schutzstreifen ist nach wie vor nicht zufriedenstellend. Es ist immer wieder zu beobachten, dass Radfahrer*innen den Fußweg benutzen, weil es ihnen auf der Fahrbahn nicht sicher genug erscheint.

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Sicherheit für den Radverkehr zu verbessern, z. B. durch

- eine farbliche Markierung des Schutzstreifens,
- eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h (Zeichen 274.53),
- ein Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen (Zeichen 277.1),
- eine „Protected-bike-Lane“ ?

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Betreff:**Radverkehr auf der Lichtenberger Straße****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

30.05.2022

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

15.06.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu 1.)

Flächenhafte Rotmarkierung

Eine farbliche Markierung des Fahrradschutzstreifens müsste über die Gesamtlänge von ca. 1,2 km auf der Lichtenberger Straße erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass Radfahrer denen der Schutzstreifen momentan verkehrsunsicher erscheint, durch die farbliche Markierung keine Steigerung des Sicherheitsempfinden erlangen würden. Die Verwaltung sieht die Maßnahme im Verhältnis zum zu erwartenden Erfolg als zu aufwändig an.

Zu 2.)

Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften ist in der Straßenverkehrsordnung (StVO) bundeseinheitlich für alle Kraftfahrzeuge auf 50 km/h festgelegt. Für die Einrichtung einer streckenbezogenen Geschwindigkeitsbeschränkung müssen demnach bestimmte Voraussetzungen nach der StVO erfüllt sein. So muss beispielsweise aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage bestehen, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs erheblich übersteigt. Die Polizei hat mitgeteilt, dass keine Häufungen von Unfällen aufgrund von hohen Geschwindigkeiten, erkennbar sind. Nach Auffassung der Polizei und der Verwaltung liegen auch keine Hinweise auf das Bestehen einer Gefahrenlage vor, die eine Geschwindigkeitsbeschränkung rechtfertigt.

Die innerörtliche Verkehrsführung der Lichtenberger Straße ist vergleichbar mit zahlreichen anderen im Stadtgebiet, auf denen auch ohne eine Geschwindigkeitsbeschränkung der Verkehr problemlos funktioniert.

Zudem hat auf Hauptverkehrsstraßen, die Lichtenberger Straße ist eine Landesstraße (L 473), das Interesse des fließenden Verkehrs besonders Gewicht, weil diese Straße ihre Aufgabe, dichten Verkehr auch über längere Entfernung zu ermöglichen und das übrige Straßennetz zu entlasten, nur erfüllen kann, wenn möglichst wenige Verkehrsbeschränkungen vorhanden sind.

Eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h ist demnach nicht zulässig.

Zu 3.)

Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen

Das Verkehrszeichen „Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen“ (Zeichen 277.1) soll nur dort angeordnet werden, wo aufgrund der örtlichen Gegebenheiten, insbesondere aufgrund von Engstellen, Gefäll- und Steigungsstrecken, oder einer regelmäßig nur schwer zu überblickenden Verkehrslage ein sicherer Überholvorgang von einspurigen Fahrzeugen nicht gewährleistet werden kann. Die Lichtenberger Straße verläuft überwiegend geradlinig und verfügt über keine besonderen örtlichen Gegebenheiten, wie Engstellen, Gefäll- und Steigungsstrecken.

Darüber hinaus ist sie mit rund 7 m Breite so ausgebaut, dass Überholvorgänge mit dem innerörtlichen vorgeschriebenen Abstand von 1,5 m Seitenabstand erfolgen können.

Zu 4.)

Protected Bike Lane

Die Errichtung einer Protected Bike Lane würde zu viel Verkehrsraum in Anspruch nehmen und ist somit in der Lichtenberger Straße nicht umsetzbar.

Benscheidt

Anlage/n:

keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221****22-18581**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Hybrid-Sitzungen im Kulturpunkt West***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

20.04.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

04.05.2022

Ö

Sachverhalt:

Welche Kosten für Technik und die Installation der Technik entstehen, um Hybridsitzungen im Kulturpunkt West durchführen zu können? Wie hoch sind die Kosten für den benötigten Ausbau des Internetanschlusses im Kulturpunkt West und wie können diese Kosten finanziert werden?

Begründung:

Die Weststadt ist ein vielfältiger Stadtteil und um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen an einer Bezirksratssitzung teilzunehmen, ohne die Anfahrt zur Stadthalle, könnten Hybridsitzungen im Kulturpunkt West stattfinden.

Damit könnten wir interessierten Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sowohl wohnortnah als Zuschauer teilzunehmen und auch online, da die Zuschauerplätze begrenzt sind und auch in Zeiten der Pandemie nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen. Zusätzlich können auch Mitglieder des Bezirksrates online teilnehmen, wenn sie sich in Quarantäne befänden oder auch aus anderen zwingenden z. B. gesundheitlichen Gründen nicht präsent sein könnten.

Insgesamt wären hier ein zukunftsorientierter Mehrwert und die Entwicklung in die digitale Zukunft der Stadt Braunschweig geschaffen.

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender**Anlage/n:**

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221

TOP 6.13

22-18583

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Verkehrssituation auf dem Mainweg/Ahrplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.04.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

Status

04.05.2022

Ö

Sachverhalt:

Der Mainweg ist vom Rheinring in Richtung Ahrplatz als verkehrsberuhigter Bereich mit dem Verkehrsschild VZ 325.1 gekennzeichnet. In diesem Bereich ist eine maximale Höchstgeschwindigkeit von 7-10 Km/h als Schrittgeschwindigkeit und das Parken ist nur auf speziell ausgewiesenen Flächen erlaubt.

Fußgänger dürfen diese Straßen auf der vollen Breite nutzen und haben immer Vorrang gegenüber Kraftfahrzeugen. Es ist schon des Öfteren zu gefährlichen Situationen gekommen.

Besonders in den Morgenstunden nutzen viele PKW-Fahrer*innen den Mainweg als Zubringerstraße zu den am Ende des Mainweges befindlichen Kindertagesstätten „Mein Weg“ und „Ahrplatz“ und fahren besonders viel zu schnell.

In diesem Zusammenhang stellt der Stadtbezirksrat folgende Fragen:

- Ist der Stadtverwaltung das Problem bekannt?
- Sieht die Stadtverwaltung Möglichkeiten die Rush-Hour besonders in den Morgenstunden zu unterbinden z. B. durch Bodenwellen oder andere verkehrseinschränkende Maßnahmen?

gez.

Hans Peter Rathjen
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine